

Presseinformation

348/10

Kiel, 10. November 2010

Antje Jansen: „Verfehlte Gesundheitspolitik darf nicht als Grund für die Privatisierung des UKSH herhalten!“

Kiel. „Das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UKSH) badet die Folgen schwarz-gelber Gesundheitspolitik aus. Das in der Ergebnisprognose für das Jahr 2010 angekündigte Defizit von mehreren Millionen Euro taugt jedenfalls nicht als Argumentationshilfe für die Privatisierungslobbyisten in der Landesregierung. Hier können allenfalls die Folgen einer verfehlten Krankenhausfinanzierungspolitik in Ursachen für das fatale Privatisierungsprojekt verkehrt werden,“ erklärte Antje Jansen, die gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Schleswig-Holsteinischen Landtag.

„Die Benachteiligung der schleswig-holsteinischen Krankenhäuser durch die bundesweit niedrigsten Basisfallwerte ist bekannt. Bundesgesundheitsminister Rösler ist dabei, den Anpassungsprozess abzuschneiden. Die vorgenommenen Teilprivatisierungen erweisen sich auf die Dauer nicht als Lösungsbeitrag sondern als Teil des Problems.

Kein anderes Land als Deutschland hat bisher Universitätskliniken privatisiert. Die Privatisierung des UKSH würde den Bestand der einzigen Krankenhauseinrichtung mit medizinischer Maximalversorgung in Schleswig-Holstein gefährden. Die Forderung der LINKEN bleibt: Keine Privatisierung des UKSH. Krankenhäuser gehören zur Daseinsvorsorge und damit fest in öffentliche Hand!